

Rückbau der Versorgungsinfrastruktur in Bremer Stadtteilen

Seit Jahren beklagt die Bremer Seniorenvertretung den Rückbau der Infrastruktureinrichtungen für die Versorgung der Bewohner/-innen. Gemeint sind die Angebote, die im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen und des Einzelhandels für eine reibungslose wöchentliche und tägliche Versorgung erforderlich sind. Dazu gehören Geschäfte des Nahrungsmittelhandels, Handwerksbetriebe, bestimmte Behörden, Schulen, Ärzte, Postämter sowie Nahverkehrs- und Sicherheitsdienste. Sie alle sollten für die Bewohner der Stadtteile in angemessener Reichweite und möglichst zentral in den Wohnquartieren liegen, vor allem für die ältere Generation und für Menschen mit Behinderungen. So war es in den 50er und 60er Jahren beim Aufbau neuer Wohngebiete geplant. Aber die Zeiten und Standorttheorien haben sich geändert. Der Einzelhandel zieht sich zurück, weil ihm durch SB-Märkte der Umsatz einbricht. Banken und Post schließen wegen der Rationalisierung ihre Filialen und Polizeireviere werden aufgegeben. Dadurch verlieren gerade ältere Menschen soziale Kontakte und müssen weitere Wege auf sich nehmen. Für sie nimmt die Lebensqualität im Quartier ab, aktuell auch im Stadtteil Horn-Lehe. **(mehr auf Seite 2)**

Über Leistungen in der Gesetzlichen Krankenversicherung

Nicht alle Leser/-innen wissen, wer die Verantwortung für die Festlegung der inhaltlichen Leistungen trägt, die in der Gesetzlichen Krankenversicherung gewährt werden. Günter Steffen, der beruflich viele Jahre mit Fragen des Gesundheitswesens zu tun hatte und sich in diesem Dschungel bestens auskennt, versucht, die Zusammenhänge zu beleuchten. Er fordert eine stärkere Einflussnahme der politischen Gremien bei der Leistungsbestimmung. **(mehr auf Seite 4)**



Torii vor dem Itsukushima Schrein bei Hiroshima

(Foto: E.Feller)

**Eine Voraussetzung für den Frieden ist der
Respekt vor dem Anderssein
und vor der Vielfältigkeit
des Lebens.**

Dalei Lama

Kooperation Hafenmuseum - ZIS

Das Zentrum für Migranten und interkulturelle Studien (ZIS) wird im Mai 2017 zusammen mit dem Hafenmuseum im Speicher XI eine Dauerausstellung zum Thema „Arbeitsmigration in den Bremischen Häfen“ eröffnen. Es geht um die Würdigung der Arbeitsleistung zugewanderter Menschen. **(mehr auf Seite 5)**

Schlussfolgerungen aus dem Siebten Altenbericht der Bundesregierung

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO) kommentiert den Siebten Altenbericht und verweist auf Konsequenzen, die daraus zu ziehen sind. **(mehr auf Seite 7)**

I N H A L T

Sparkasse schließt im Leher Feld	S.2
Dunkel war´s, der Mond ...	S.4
Wer bestimmt Leistungen der Krankenversicherung?	S.4
Neujahrsempfang des Senats	S.5
Aktiv mit Demenz	S.6
Kooperation ZIS-Hafenmuseum Zum Siebten Altenbericht der Bundesregierung	S.7
Antanzen der Taschendiebe	S.7
Zahlen zur Pflegestatistik	S.8
Türkçe informasyonlar	S.9

Dienstleistungsinfrastruktur in Bremer Wohnquartieren schrumpft!***Sparkasse schließt Filiale
im Leherfeld***

Seit Mitte Januar 2017 ist die Filiale der Sparkasse an der Kopernikusstraße im Leherfeld geschlossen. Damit verliert das dortige ehemalige kleine Einkaufszentrum für die Menschen dieses Ortsteils ein weiteres Versorgungsglied für den wöchentlichen und täglichen Bedarf. Vielleicht nimmt die jüngere Bevölkerung diesen Schritt der Sparkassenleitung gelassen hin. Für die Älteren sind aber damit erhebliche zusätzliche Mühen verbunden.

Bisher betrug die äußerste Reichweite ca. 500 m. Jetzt verlängert sich für viele Kunden die durchschnittliche Wegstrecke, man muss die Noch-Filialen in Borgfeld, (ca. 2 km), an der Wilhelm-Röntgen-Straße (1,5 km), an der Apfelallee (1,5 km), in Oberneuland (ca.3,5 km) oder an der Horner Kirche (ca. 3 km) aufsuchen. Wem im Alter das Gehen schwer fällt, wer auf Gehhilfen (Stock oder Rollator) und Rollstuhl angewiesen ist, kein Fahrrad oder Auto mehr fahren kann und wegen geringen Haushaltsgeldes auf das Taxifahren und möglichst auch auf die Nutzung des ÖPNV verzichten muss, für den wird der Weg zur nächsten Sparkassenfiliale eine ziemliche Belastung. Eine etwas erträglichere Lösung wäre wohl gewesen, eine der beiden dicht beieinander liegenden Filialen Wilhelm-Röntgen-Straße oder Apfelallee zu schließen.

Nun hat man sich zwar entschlossen, den Automatenraum an der Kopernikusstraße zu erhalten, aber damit ist vielen Älteren wenig gedient. Naturgemäß wächst im Alter die Skepsis gegenüber der Technik, vor allem, wenn sich Neuerungen anbieten. Wie oft muss man erleben, dass ältere Bankkunden das Personal bitten, Ihnen an den Automaten zu helfen! Aber diese Hilfe fehlt in Zukunft. Und wenn in Automatenräumen auch keine Sitzmöglichkeiten vorhanden sind und es zusätzlich noch übel riecht, dann wird die Lage ziemlich prekär, besonders während der ersten und letzten Monatstage mit dem üblich größeren Andrang der Automatennutzer. Das sind leider keine Horrorvisionen, sondern häufige Erlebnisse bei Bankbesuchen, u.a. auch bei der Sparkasse. Man sollte auch nicht vergessen, dass man bestimmte alltägliche Aktionen bei der Sparkasse nicht am Automaten erledigen kann, z.B. Einzahlungen aufs Sparbuch, Überweisungen vom

Sparbuch aufs Girokonto oder Barabhebungen vom Sparbuch.

Der Hinweis auf online-banking nützt älteren Menschen wenig. Viele meiden diese moderne Selbstbedienung per Internet, weil sie aufgrund vieler Pressemeldungen sehr misstrauisch sind aus Sorge um die Sicherheit ihrer Bankdaten oder weil sie mit dem Gedächtnis Schwierigkeiten haben und das Programm nicht sicher beherrschen.

Ebenso nützt der Hinweis wenig, dass die Sparkasse großzügigerweise Finanzbetreuer in die Altenheime schickt, die den Bewohnern bei Abwicklung von Geldgeschäften helfen. Wer dem politischen Aufruf folgt, im Alter möglichst lange in den eigenen vier Wänden zu verweilen, hat von diesem Angebot gar nichts.

Man sollte eigentlich auf den Abbau der Dienstleistungen der Bremer Sparkasse mit einem Bankwechsel reagieren. Aber wohin? Kundenfreundlichkeit ist anscheinend allen Banken verloren gegangen. Im Umkreis des Stadtteils Horn-Lehe gibt es kaum noch Konkurrenten, zu denen man aus Standortgründen wechseln könnte. Alle Geldinstitute schließen nach und nach Filialen aus ökonomischen Überlegungen und muten den betroffenen Kunden zusätzliche Mühen zu. Die Sparkasse gehörte bisher zu den Wenigen, die vorsichtiger damit umgingen. Das scheint vorbei zu sein. Man arbeitet zwar gewinnträchtig mit dem Geld der Sparer, die jedoch mit Billigung der Politik nur lächerlich geringe Zinsen erhalten und mit hohen Gebühren und eventuell auch noch mit Negativzinsen eingedeckt werden. Das ist aber noch nicht genug. Kundenfreundliche Standortwahlen fallen anscheinend dem blinden Vertrauen auf moderne Informations- und Kommunikationssysteme zum Opfer. Ich denke allein mal daran, was sich in den Automatenräumen abspielen könnte, wenn technisches Versagen der Geräte eintritt. Ich habe das bereits mehrmals in einer Bankfiliale erlebt. Lorient hätte seine Freude daran, die betroffenen Bankkunden sicher nicht. Mit einem sozialen Engagement, das die Sparkasse immer noch werbend für sich in Anspruch nimmt, hat das alles wenig zu tun.

Die Bremer Seniorenvertretung hat bereits 2009 über Filialschließungen mit der Sparkasse verhandelt, zuletzt vor etwa einem Jahr. Da deutete sich schon die Schließung des Standorts Kopernikusstraße

(Fortsetzung auf Seite 3)

an. Es wurde angekündigt, man treffe sich am 6. Dezember 2016 zu einem weiteren Austausch mit der Seniorenvertretung. Dieser Termin wurde von der Sparkasse ausgesetzt, weil man „zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nichts substanzvoll Neues zur Weiterentwicklung unserer Filialen berichten“ (Schreiben v. 24.11.2016) könnte. Da stand jedoch die Schließung der Filiale Kopernikusstraße schon endgültig fest. Kunden, die dort noch ein Leistungsangebot nutzen wollten (z.B. Einrichtung eines Schließfaches), wurden bereits auf die Schließung der Filiale hingewiesen. Die Sparkasse verweist in ihrem o.a. Schreiben darauf, dass sie gemeinwohlorientiert arbeite. Eine gewisse Rücksichtnahme auf die wachsende Zahl älterer Menschen in den Wohnquartieren gehört anscheinend nicht dazu. Wenn die Sparkasse davon spricht, es gehe ihr um ein profundes, nachhaltiges und zukunftsorientiertes Filialkonzept, dann sollte sie nicht übersehen, dass 2030 bereits 34,6% der Bevölkerung älter als 60 Jahre sind. Diese werden gewiss nicht überwiegend in Alten- und Pflegeheimen wohnen, sondern in ihren Wohnquartieren, und sie haben einen Anspruch darauf, dort mit den wöchentlichen und alltäglichen Bedarfsgütern und Dienstleistungen versorgt zu werden. Die Sparkasse bezeichnet sich als „die beste Bank“, aber die beste Bank ist dann diejenige, die hinsichtlich der Kundschaft eine altersorientierte Standortwahl trifft.

Gerd Feller

Gerüchte um die Schließung des Postamts Lilienthaler Heerstraße

In der Woche vor Heiligabend fand in unserem Wohnquartier an der Franklinstraße im Leherfeld ein vorweihnachtliches Glühwein trinken der Nachbarn statt. Dieses Treffen wird von jüngeren Familien dankenswerterweise schon seit mehreren Jahren arrangiert. Dabei diskutieren Jung und Alt selbstverständlich auch Neuigkeiten aus dem Stadtteil. Ein Thema war die abnehmende Versorgungsinfrastruktur im Leherfeld, z.B. die Schließung der Sparkasse im mittleren und einer Bäckerei im nördlichen Teil der Kopernikusstraße. Überrascht wurde ich durch die Mitteilung eines Nachbarn, dass man auch die Schließung oder zumindest eine Reduzierung der Geschäftsbereiche des Postamts an der Lilienthaler

Heerstraße plane.

Wenig später habe ich dann im Postamt nachgefragt, was an der Meldung dran sei. Die Reaktion des Personals war umwerfend. Empört wurde die Meldung dementiert, aber gleichzeitig relativiert durch die Bemerkung, die Angestellten würden sowieso über einen solchen Schritt erst zuletzt informiert. Ganz auszuschließen ist er dann wohl nicht.

Wir haben in der Nähe des jetzigen Postamts bereits ein Schreibwarengeschäft, das als Postfiliale fungiert. Was würde es denn bedeuten, wenn das offizielle Postamt nun seine Pforten schließt? Ich erhielt die Auskunft, dass die Poststellen in Einzelhandelsgeschäften meistens nur bestimmte Postgeschäftsleistungen anbieten. In unserer Poststelle könnten z.B. keine Postbankgeschäfte oder Nachnahmen abgewickelt werden. Die Einrichtung von Postfächern entfällt und ebenso die Annahme von Auslandspaketen und sperrigen Versandstücken. Wer also dazu eine andere Filiale in Anspruch nehmen muss, kommt um mehrere Kilometer längere Wege nicht herum. Auch in diesem Fall wären die alten Menschen im Wohnquartier von einer Postamtsschließung besonders betroffen.

Gerd Feller

Ist die Schließung der Polizeiwache an der Lilienthaler Heerstraße endgültig vom Tisch?

Auskünfte darüber sind sehr spärlich. Aus dem Horner Bürgerverein verlautet, dass der Innensenator augenblicklich an einem Gesamtkonzept für die Aufstellung der Polizei in Bremen arbeitet. Die Zusage, das gerade neu gebaute Polizeirevier an der Lilienthaler Heerstraße nicht gänzlich zu schließen, besteht wohl noch, aber eine eingeschränkte Ansprechbarkeit und Bereitschaft der Polizei vor Ort wird das Unsicherheitsgefühl der Bewohner sicher nicht beruhigen. Diese Polizeiwache ist sowieso nur die einzige in den Stadtteilen Horn, Borgfeld und Oberneuland. Schauen wir mal, was da noch so ausgebrütet wird!

Unabhängig von den Planungen in Horn-Lehe wäre es wünschenswert, wenn die Bremer SV mal grundsätzlich eine Diskussion um die zukünftige Lebensqualität in den Wohnquartieren der Stadtrandgebiete führen könnte.

Gerd Feller

**Zur
Diskussion
gestellt**

von Gerd Feller



***Dunkel war´s,
der Mond
sah nicht
helle,***

als am 3. Dezember 2016 im Bremer Stadtteil Findorff der Strom total ausfiel. Ein Bürger dieses Stadtteils berichtete mir empört später darüber. Der Stromausfall dauerte 2 Stunden, was für unsere hochtechnisierte Zivilisation schon eine erheblich lange Zeit bedeutet. Es funktionierte keine Straßenbeleuchtung, und in den Häusern herrschte wohl Wachskerzenmangel, weil man in unserer modernen Zeit für Weihnachtsbäume überwiegend eine elektrische Kerzenbeleuchtung vorzieht. Es fehlt wohl auch oft an Taschenlampen, weil man sich energiemäßig sicher glaubt. So konnte man also kein Licht in die Finsternis bringen. Draußen behinderte zusätzlich Nebel die Sicht, drinnen fielen Rufanlagen, automatische Garagentor- und andere Türöffnungsmechanismen und Fahrstühle aus. Wo sich Bürger/-innen begegneten, war Unruhe zu spüren, weil man nichts wusste und weil auch die heutigen Kommunikationssysteme Radio, Fernsehen und Telefon nicht funktionierten. Nur Handy und Smartphon waren einsatzbereit, wenn man sie denn in der Dunkelheit fand und den Akku rechtzeitig nachgeladen hatte.

Was war los? Ein menschliches oder technisches Versagen, ein schwerer Unfall oder gar ein Anschlag auf die Energieversorger? Wir lesen täglich in den Zeitungen, wie bedroht wir in unseren Wohnungen und Häusern sind, und haben inzwischen auch begriffen, wie anfällig sich die Versorgungssysteme gegen Angriffe von außen erweisen. Da dauert es in einer solch finsternen Umgebung nicht lange, bis sich Angst ausbreitet. Es gibt ja nicht mehr viele, die den letzten Weltkrieg miterlebt haben und deshalb mit solchen Situationen etwas gelassener umgehen können.

Betroffene Bürger/-innen haben versucht, sich übers Handy Informationen bei der Polizei oder bei SWB einzuholen, aber dort stieß man auf wenig Verständnis für die Unsicherheitsgefühle der Bürger/-innen. Anlässlich der Vorgänge fragt man sich, ob eigentlich für derartige extreme Situationen, wie z.B. für einen längerfristigen abendlichen Stromausfall oder für einen Anschlag auf das Trinkwasser, Notfallpläne existieren, in denen u.a. festgelegt ist, dass die Bürger/-

innen möglichst umgehend informiert werden, z.B. durch Lautsprecherwagen, damit sich aus dem Gefühl der Bedrohung keine Fehlleistungen entwickeln. Bürgernahe Dienstleister sollten sonst mal darüber nachdenken, wie weit der Glaube an die Technik gehen darf.

Für Stromausfälle kann man den Bürgerinnen/Bürgern nur empfehlen, auf das alte Hausmittel Wachskerze zurückzugreifen. Achtung, geehrte Nichtraucher, vergesst dabei nicht, Streichhölzer einzukaufen. Die Digitalisierung hat eben auch ihre Nachteile, und mit Attacken der Häcker auf Energieversorger oder auf andere PC-gesteuerte Dienstleister muss man schon rechnen. Deshalb erinnere ich auch noch mal alle, die möglichst stressfrei leben wollen, an den Ratschlag aus Berlin, nämlich den alten Vorratskeller wieder einzurichten. Meine Generation weiß noch, was da hinein gehört.



Der Gesetzgeber sollte inhaltliche Leistungen (Diagnostik u. Therapie) in der Krankenversorgung festlegen!



Günter Steffen Nicht wenige Bürger/Bürgerinnen fragen sich, wie diese Forderung verstanden werden soll, denn ein Großteil geht von der direkten Verantwortung der Parla-

mente und Ministerien aus, wenn Leistungen in der Gesetzlichen Krankenversicherung gewährt werden. Dem ist nicht so. Funktionäre der Krankenkassen, Ärzte der Kassenärztlichen Vereinigungen und Krankenhäuser bestimmen durch Mehrheitsbeschlüsse mit Vorsitz eines Juristen im sogenannten „Gemeinsamen Bundesausschuss“ den Leistungsumfang und die Leistungsqualität für Diagnose- und Therapiebehandlungen der Versicherten. Ob neue Behandlungsmethoden eingeführt werden, hängt von der Zustimmung in finanzieller Hinsicht im Gremium ab. Parlamente und Ministerien entscheiden also über keine Inhalte der Krankenversorgung. Im Sozialgesetzbuch Fünf bestimmt die Legislative lediglich über die allgemeine Struktur in der Krankenversicherung.

Der Gesetzgeber ging seinerzeit bei
(Fortsetzung auf Seite 5)

(Fortsetzung von Seite 4)

der Installation des Bundesausschusses davon aus, dass die Fachleute am besten übersehen, welche Leistungen den Bürgern zustehen sollten. Dabei hat man übersehen, dass derjenige, der die Finanzhoheit besitzt, nicht neutral für Versicherte entscheiden kann. Die drei Partner befinden über Vergütungszahlungen der Leistungserbringer, also für Ärzte, Zahnärzte und Krankenhäuser. Die Krankenkassen befinden allein über die zu erhebenden Zusatzbeiträge für die Beitragszahler, woran sich die Arbeitgeber und Rentenversicherungsträger nicht beteiligen.

Ist es da ein Wunder, wenn Schwerkranke nicht die Leistungen erhalten, die nach den wissenschaftlichen Erkenntnissen therapeutisch anwendbar wären? Der Grund ist einfach: Der Bundesausschuss müsste aus dem jeweiligen abgestimmten Finanzvolumen für derartige Hochleistungen zur Behandlung der Schwerstkranken selber finanzielle Abstriche hinnehmen, sofern die Beiträge nicht erhöht werden. Deshalb sollte der Gesetzgeber politische Konsequenzen ziehen und den Gemeinsamen Bundesausschuss zukünftig lediglich als Anhörungsorgan installieren. Die Entscheidungen im Sinne einer gerechten Krankenversorgung sollten durch den Gesundheitsausschuss des Bundestages mit Zustimmung (Letztverantwortung) des Bundesgesundheitsministeriums gefällt werden.

Damit die nach neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen stattfindenden Therapien erfolgen können, sind finanzielle Einsparnotwendigkeiten zum Erhalt der Beitragsstabilität erforderlich. Die Einsparmöglichkeiten in der gesetzlichen Krankenversicherung sind vielfältig umsetzbar:

- Einführung einer umfassenden Grundversorgung in Anwendung einer jeweiligen fachärztlichen Behandlungsrichtlinie für Diagnostik und Therapie (Bei Feststellung einer notwendigen zügigen Behandlungserforderlichkeit müssten die Termine der Fachärzte untereinander innerhalb von drei Wochen abgeklärt sein. Ansonsten sollte das Krankenhaus die Behandlung übernehmen.)
- Einführung der elektronischen Versicherungskarte mit den Inhalten: Laborergebnisse, Maßnahmen der Behandlungen, Verordnungen der Arzneimittel
- Wegfall der umfassenden Grundleistungen, die nicht wissenschaftlich anerkannt sind. (Alternative Behandlungen)

- Werbekampagnen, Präventionsangebote u. Alternative Angebote dürften nur über Zusatzbeiträge finanziert werden. Nur dadurch entsteht der Kassenwettbewerb.

Mein Appell richtet sich an unsere politischen Parteien mit dem Wunsch, handelt nach den praktischen Erfordernissen für Versicherte/Patienten, die eine gute und zügige Krankenversorgung benötigen und nicht in erster Linie nach den Ansprüchen der Leistungserbringer bzw. nach den verschiedenen Ideologien in den Parteien.

Oberste Prämisse sollte sein: Zügige Diagnostik und Therapiebehandlungen für alle Versicherten, Umsetzung einer bestmöglichen Krankenversorgung, Maßnahmen zur Beseitigung der Zweiklassen-Medizin bei den niedergelassenen Vertragsärzten, die doch in erster Linie ihre Praxis betreiben können, weil sie die Kassenzulassung besitzen.

Bei denjenigen, die eine Bürgerversicherung propagieren, fällt auf, dass Aussagen zu den therapeutischen Verbesserungen fehlen. In der verlangten Bürgerversicherung kann man die Forderung der Beseitigung einer Zweiklassen-Medizin nachlesen. Diese soll durch die veränderte Pflichtversicherung erreicht werden. Es kann und darf nicht sein, dass der große Bereich der eigentlichen Krankenversorgung im Sinne der Patienten in der zukünftigen propagierten Bürgerversicherung fehlen soll.

Es ist zu vermuten, dass die angestrebte Bürgerversicherung in Wirklichkeit für eine billige Ideologie herhalten soll.

Günter Steffen

Zum Neujahrsempfang des Senats am 18.1.2017

Mit der Wilhelm Tell-Ouvertüre ins neue Jahr. Die obere Rathauhalle war proppevoll bei dem diesjährigen Senatsempfang zum Neuen Jahr. Das lag vielleicht an dem besonderen Anlass: "70 Jahre Bundesland Bremen", oder an dem Ehrengast Frau Gesine Schwan, vielleicht an dem schwungvollen Programm der Bremer Philharmoniker oder einfach auch am großen unvergleichlichen Charme der Oberen Rathauhalle. Dass nach dem Empfang reichlich Getränke und appetitliche Schnitten gereicht wurden, war nicht vorauszusehen, wurde aber dankend anerkannt und genutzt. Das Wichtigste bei diesem Anlass sind jedoch die vielen

(Fortsetzung auf Seite 6)

Gespräche am Rande vor und nach dem offiziellen Teil quer durch die gesellschaftlichen Gruppen unseres Bundeslandes.

Liebes Bremen, herzlich Willkommen im Bereich der älteren Senioren! Was machst Du jetzt mit Deiner Seniorenfreiheit? In seiner Rede hat es Carsten Sieling so ausgedrückt: "...republikanischer Wille. Gemeinsam und Zusammenstehen, wenn es um die Zukunft geht. Um Arbeit, Wohnen, Bildung, Sicherheit, ja das Leben in Bremen und Bremerhaven. Deshalb brauchen wir für die Entscheidung über unsere Vorhaben und Projekte der zwanziger Jahre dieses Jahrhunderts die breite Einbeziehung der politischen und gesellschaftlichen Akteure unseres Landes."

Gerne nehmen wir sie beim Wort und wollen uns für den wachsenden Bevölkerungsteil der alten und älteren Senioren in

unseren beiden Städten einsetzen, damit das altersgerechte, barrierearme, lebenswürdige Umfeld ausgebaut wird und eine Teilhabe der Alten am gesellschaftlichen Leben gesichert ist. Die Zahl der "Rückkehrer" aus dem niedersächsischen Umland im Alter wird größer werden. Dafür muss etwas getan werden. Wir wollen helfen, die besten Konzepte dafür herauszufinden.

Gesine Schwan nahm - wie immer - kein Blatt vor den Mund und ist mit dem jungen 70jährigen Bremen auf Du: "Ihr habt Neugier, Initiative, Wagemut, Fantasie und Intelligenz - das ist das eigentlich Wichtige." Sie setzt dabei auf das Zusammenspiel von Politik, Wirtschaft und organisierter Zivilgesellschaft. Ein Dialog dieser Gruppierungen könnte ein Gewinn für den Standort Bremen sein. Wir meinen: Denn man los!

Dirk Mittermeier

Aktiv mit Demenz

Die Bremer Heimstiftung, in Verbindung mit der Sparkasse Bremen und der Stiftung Sparer-Dank, engagieren sich gemeinsam, um an Demenz erkrankten Menschen in Bremen das Leben zu erleichtern. Unter dem Titel „Aktiv mit Demenz, Lebensfreude ist unvergeßlich“ ist gerade die neue Broschüre mit einer Vielzahl von Veranstaltungen erschienen. Diese Informationen richten sich an begleitende Angehörige von dementiell erkrankten Personen. Doch nicht nur Angehörige, sondern auch Mitmenschen, die als ehrenamtliche „Kulturbegleiter/innen“ Demenzkranke unterstützen wollen, werden gesucht. Kulturbegleiter besuchen mit Demenzkranken Veranstaltungen, wie zum Beispiel das Museum Böttcherstraße oder einen Malkurs in der VHS. Das Herauskommen aus der krankheitsbedingten eingeschränkten Welt gibt den erkrankten Menschen, wenn auch nur für Stunden, wieder etwas von der verloren gegangenen Lebensfreude zurück.

Der Umgang mit Demenzkranken ist sicher sehr individuell und auch abhängig vom Fortschreiten der Krankheit. Wer noch keine Erfahrung damit hat, sollte sich vorher informieren. Dazu bietet die Volkshochschule Bremen zwei kostenlose Vorbereitungskurse zur Ausbildung zum/zur Kulturbegleiter/in am 25.1. und 15.2. an. Eine Anmeldung unter der Telefonnummer (VHS) 3613635, Frau Hansen, ist dazu erforderlich. Die Bremer Heimstiftung vermittelt dann anschließend zwischen den Kulturbegleiter/innen und den Menschen, die eine Begleitung wünschen.

Weitere Informationen: Bremer Heimstiftung, Stabsstelle Qualität, Marcusallee 39, 28359 Bremen, Tel: 0421 24 34 149, Email: Petra.Scholz@bremer-heimstiftung.de und www.bremer-heimstiftung.de

Wolfgang Helfst

Kooperation des Hafenumuseums mit dem ZIS

Im Mai 2017 wird die Dauerausstellung des Hafenumuseums Speicher XI in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Migranten und interkulturelle Studien (ZIS e.V.) um den Bereich „Arbeitsmigration in den Bremischen Häfen“ erweitert. Hierfür wird ein Teil der Ausstellungsfläche umgestaltet. Ziel ist es, die Leistungen der zugewanderten Menschen aus der Türkei, Portugal, Italien und Griechenland für Bremen und für ihre Herkunftsländer zu würdigen. Die AG Weser als eine der bedeutendsten Werften in der Geschichte Bremens wird zentrales Element der Ausstellung werden. Mit dem Vorhaben soll ein musealer Dokumentations- und Lernort zur Migration in Bremen geschaffen werden. Im weiteren strebt das ZIS die Einrichtung weiterer Orte in Walle und Gröpelingen an, welche sich mit den Themen „Interkultureller Diskurs“ und „Sammlung“ beschäftigen.

(Quelle: PM des ZIS v.12.12.16)

Altenbericht begrüßenswert - aber jetzt muss auch was geschehen!

Der Vorsitzende der BAGSO (Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen e.V.), Franz Müntefering, erklärt:

Im November hat die Bundesregierung den Siebten Altenbericht und ihre Stellungnahme dazu veröffentlicht. Titel des Berichts: Sorge und Mitverantwortung in der Kommune - Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften. Zum ersten Mal wird damit die kommunale Daseinsvorsorge aus der Perspektive der älteren Menschen umfassend beleuchtet.

Die BAGSO begrüßt den Bericht und die Stellungnahme der Bundesregierung dazu, in der es heißt, dass „starke, handlungsfähige Kommunen von zentraler Bedeutung sind, um im demografischen Wandel die Politik für ältere und mit älteren Menschen vor Ort wirkungsvoll weiterzuentwickeln“. Die Bundesregierung stellt weiter fest, dass es auf strukturelle, inhaltliche und finanzielle Rahmenbedingen ankommt. Und darauf, die „sehr unterschiedlichen Entwicklungen in den Kommunen in Deutschland“ zu beachten. Betroffen sind alle wichtigen Lebensbereiche und die Lebensqualität des Miteinanders aller Generationen vor Ort - Wohnen, Wohnumfeld und Daseinsvorsorge, medizinische, pflegerische und betreuende Versorgung, Selbstbestimmung, Bildung und Information, Mobilität und soziale Kontakte.

Die BAGSO dringt darauf, diese wichtigen Erkenntnisse nun zu nutzen und mit einer zielführenden Umsetzung zügig zu beginnen. Erfolgversprechende Potenziale sind vorhanden. Die aus Sicht der BAGSO wichtigsten Handlungsansätze müssen jetzt greifen:

- Verbindlichkeit. - Mittels eines Leitgesetzes zur Stärkung einer Politik für und mit älteren Menschen vor Ort. Geprüft werden müssen dabei auch Vorschläge, die Altenhilfe zu einer kommunalen Pflichtaufgabe zu machen und ein kommunales Basisbudget für die gemeinwesenorientierte Seniorenarbeit zu schaffen.
- Nachhaltigkeit. - Eine Gemeinschaftsaufgabe „Demografie“, die auch Binnen- und Außenwanderungen und deren Auswirkungen berücksichtigt, würde Planungssicherheit für Bund, Länder und Kommunen für die kommenden Jahrzehnte schaffen.

- Gesicherte Planungsgrundlage. - Die Datenbasis für kleinere räumliche Einheiten im demografischen Wandel muss verbessert werden. Kommunen brauchen qualifizierte Prognosen für ihre Umsetzungskonzepte.
- Teilhabe und Teilnahme. - Es gibt gute Beispiele für die Entwicklung lebendiger Stadtteile, Quartiere, Dörfer. Wichtig ist, dass die Prozesse gemeinsam mit den Menschen vor Ort - selbstverständlich auch Seniorinnen und Senioren - gestaltet werden.

(Pressemitteilung der Bagso 15/216 v.28.11.2016)

Antanzen - eine Methode der Taschendiebe

Wir fahren gerne nach Bremen zum Einkaufen, Bummeln usw. Damit es auch ein schöner Tag wird, sollte man umsichtig sein und eine Trillerpfeife griffbereit mitnehmen. Sie bewirkt bei zudringlichen Personen mit bösen Absichten meistens eine schnelle Flucht. Auch an der Haltestelle ist Umsicht gefordert.



- Eine Handtasche sollte diagonal übergehängt werden, so dass sie sich vor dem Körper befindet.
- Das Kleingeld sollte schon vorher abgezählt bereitgehalten werden, ebenfalls die Streifenkarte, Bobkarte oder Kreditkarte. Dann ist man an den Automaten nicht durch Suchen abgelenkt und kann schnell und gezielt vorgehen.
- Kreditkarte und Ausweis sind grundsätzlich in der Innentasche des Kleidungsstücks zu verwahren.

Ich schaue liebend gerne in Schaufenster. Wenn ich plötzlich von mir fremden Personen in ein Gespräch verwickelt werde, wende ich mich ab, um in das nächste Geschäft zu gehen.

Die vielfältigen Angebote einer Mahlzeit für den kleinen und grossen Hunger sind verlockend. Genießen Sie, aber mit Umsicht. Die Tasche sollte man auf den Schoss legen, den Gurt um den Hals behalten. Dann können sie sich allem entspannt zuwenden.

Antanzen ist eine unangenehme Art des Stehlens. Brennpunkte sind das Viertel, der Bahnhof und sein Umfeld, sowie Halte-

(Fortsetzung auf Seite 8)

stellen von Bus und Bahn. Man sollte sich möglichst an Haltestellen nicht absondern, um z.B. mit dem Handy oder Smartphone zu hantieren. Sollten sie belästigt werden, holen Sie tief Luft, greifen Sie zur Trillerpfeife und blasen kräftig hinein. So werden Leute auf Sie aufmerksam.

Vor dem Einsatz von Pfefferspray warnt die Polizei. Da muss man sehr geübt sein, damit man nicht das Gegenteil von dem erreicht, was man eigentlich wollte.

Woher ich diese Tipps habe? Ich habe bereits durch Antanzen einen weniger schönen Tag in der Innenstadt erlebt und dann zu diesem Thema ein Gespräch mit Herrn Eichhorn, Polizeistation Borgfeld, geführt.

Karin Neumann-Mahlkau

Faktencheck zum Thema *Tricks beim Taschendiebstahl:*

Oft sind zwei und mehr Gauner in Aktion, die das Opfer bedrängen, einer lenkt ab, der andere greift zu:

- Rempeln beim Gedränge an Hauseingängen und beim Einsteigen in Bahn und Bus, um Taschen auszuräumen.
- Die Kleidung wird beschmutzt, jemand versucht, sie zu säubern, während der Komplize den Diebstahl begeht.
- Man wird mit vorgehaltenem Stadtplan nach dem Weg oder mit anderer Ablenkung nach der Uhrzeit gefragt.
- Vorsicht am Bankautomaten! Man wird beim Geldabheben beobachtet. Die Gauner spionieren ihre PIN aus und schauen, wo man seine Bankkarte deponiert. Dann folgen sie dem Opfer und versuchen Brieftasche oder Geldbörse zu stehlen, um Geld abheben zu können.
- Im Supermarkt, zwischen den Regalen, wird man beim Einkauf von einer Person mit Fragen abgelenkt und eine andere räumt die Handtasche aus, die am Einkaufswagen hängt.

Faktencheck der Redaktion

Zahlen zur Pflegestatistik in Bremen

Die Statistik besagt, dass Ende Dezember 2015 insgesamt 24.787 Pflegebedürftige aus der Pflegeversicherung (SGB XI) Leistungen erhalten haben. Davon wurden 18.495 (ca: 75%) zu Hause versorgt, und zwar 11.365 Pflegebedürftige mit ausschließlich Pflegegeld, die also allein von

ihren Angehörigen oder anderen Pflegepersonen gepflegt wurden. Die große Mehrheit der Pflegebedürftigen zieht also die häusliche Versorgung vor. Warum?

Gewiss werden die Pflegekosten eine Rolle spielen. Bevor man das eigene kleine Vermögen riskiert oder die Kinder belastet, hofft man darauf, sich selbst oder mit Hilfe der Angehörigen versorgen zu können. Außerdem wirbt seit mehreren Jahren die Bundesregierung für ein möglichst langes Verbleiben in häuslicher Umgebung. Sie unterstützt die häusliche Pflege und versucht, sie erschwinglich zu halten. Wichtig ist für Betroffene wohl auch, ihr Selbstbestimmungsrecht so lange wie möglich zu wahren. Bei der ambulanten Pflege können Patienten und Angehörige die Pflegeleistungen weitgehend selbst bestimmen. Im häuslichen Umfeld bleibt oft die Gesundheits- und Lebenssituation besser erhalten. Gleichzeitig entwickeln sich neue Wohnformen, die interessante Perspektiven des Wohnens im Alter öffnen. Die o.a. Zahlen können auch eine Verunsicherung aufgrund der Pflegeskandale sowohl im Land Bremen als auch im Umland widerspiegeln.

Die Bremer SV wird die weitere Entwicklung aufmerksam beobachten und diskutieren. Wir hoffen, dass sich das neue Pflegegestärkungsgesetz 3 positiv für alle Demenzerkrankten und deren Angehörige auswirkt.

E.Scharff/G.Feller

Impressum

Landesseniorenvertretung
Tivoli-Hochhaus, 4.Etage, Z.14,
Bahnhofplatz 29, 28195 Bremen,
Tel.: (0421) 3 61 67 69

Seniorenvertretung@soziales.bremen.de

www.Seniorenlotse.bremen.de/senioren-vertretung

Der **DURCHBLICK** ist das Mitteilungsblatt der Seniorenvertretungen im Lande Bremen

Redaktion: Gerd Feller (V.i.S.d.P)

E-Mail: gerd.h.feller@nord-com.net

Der **DURCHBLICK** erscheint monatlich auch im Internet unter:

www.seniorenlotse.bremen.de/senioren-vertretung/Durchblick

Redaktionsschluss: Jeweils der 15. des Monats, der dem nächsten Erscheinungstermin vorausgeht.

Aktuelle Ausgabe Nr. 205

**Yaşlılar Temsilciliği, bakımevi sakinleri konseyi ve sözcülerinden oluşan daimi bir konferans önermekte**

Yeni çalışma grubu Yaşlılıkta Bakım ve İkamet (Arbeitsgemeinschaft Pflege und Wohnen im Alter - AG PWA) 2 Mayıs 2016'da ilk toplantısını yaptı. Yaşlılar Temsilciliği çalışma grubu üyeleri yanısıra Eyalet Engelliler Temsilcisi toplantıda yer aldı. Toplantının odak noktası , bakımevi sakinleri gönüllü konseyleri ve sözcüleri arasındaki yetersiz bilgi ve aynı şekilde işbirliği halindeki kurumlar ile aralarındaki bilgi akışının zayıf oluşu ile ilgili şikayetler üzerinde duruldu ve karşılıklı bilgi ve fikir akışının önemi belirtildi.

Sorunu çözmek için, çalışma grubu, sakinler konseyi ve sözcülerinden oluşan bağımsız ve daimi bir konferans kurulmasını önerdi. İlk tasarımlardan , üzerinde ayrıntılı olarak çalışılması gereken aşağıdaki kavramlar ortaya çıktı.

• Teşkilat ve yapı:

Bremen'de 23 bölgede faaliyet gösteren gönüllü konsey üyelerinin bu konferansta bir temsilci ile temsil edilmesi. Bu kurumun bağımsızlığı için 23 sözcü ve konsey üyelerinin mümkün olduğunca harici temsilcilerden oluşmasını sağlamak.

• Konferans üyeleri 4 yıl boyunca delege olacak. Bu delegelik süresi yasama dönemleri ile bağlantılı olabilir.

• Aynı şekilde, engellilerin ve göçmen kökenli insanların bu konferansta konsey üyesi ve sözcü olarak temsil edilmeleri sağlanmalıdır.

Görevleri:

• Bu konferansın üyelerinin görevi, kendi bölgelerinde bilgileri toparlayıp, bilgilendirmek ve icabında müzakere için merkezi organa iletmek.

• Buna karşılık konferansın sonuçlarını kendi bölgelerinde konsey ve sözcülere sunmak.

• Konferans yılda en az 4 kez, gerekli hallerde daha fazla toplanmalıdır.

• Konferans kendi usul kurallarını müzakere edip uygulamalıdır.

• Kolay erişim için, bir temas noktası kurulmalıdır(Vatandaşlar Telefonu 115 üzerinden bağlantı, telefon /veya internet adresi) .

• Konferans, bakımevi sakinleri konseyinin resmi bir organı olarak Katılım Yönetmeliği (Heimmitwirkungsverordnung-HeimwV)ve buna bağlantılı olarak Yeni Katılım Yönetmeliği'nde de düzenlemesi yapılmalıdır. Gönüllülerden oluşan böyle anlamlı bir

kurum olmadan, 100'den fazla Bremen - bakımevlerinde bilgi akışını geliştirmek zor olacaktır. Konferansta sağlanan hızlı bilgi akışı ile , bakım tesislerindeki sakinlerin endişeleri daha hızlı bir şekilde alınmış ,öğrenilmiş olur , gerekirse ilgili siyasi veya bürokratik kurumlara iletilir ve daha çabuk bir çözüm sağlanabilir. Böyle bir konferansta, gönüllü çalışmalarda büyük bir şeffaflık ortaya çıkarılabilir. Kim , bakımevi konseyinin tam olarak ne ifade ettiğini bilebiliyor, sürekli aranan gönüllüler için bu önemli olacaktır. Bu gönüllülerin bakımevleri ve yöneticileri tarafından ciddiye alınmasını sağlayabilir ve mümkün olduğu kadar çabuk,konferansın meseleyi ele almasından ,toplumun öğrenmesinden önce mağduriyetleri gidermek ve ortadan kaldırmak için hazırlıklı olunabilir. Ayrıca mağdurun, gelecekteki kusurlar hakkında şikayetlerinde daha cesaretli olmasını sağlamak için yardımcı olabilir, bakımevi sakinleri şikayetlerini resmi yerlere değil de bakımevi konseyine yöneltmeleri ve gizli tutulmalarını sağlanabilir.Sonuçta kötü yönetimin ortadan kaldırılması hızlandırılacaktır.

Bremen Yaşlılar Temsilciliği Yönetim Kurulu , Sosyal İşler Senatörü ve meclisteki parti gruplarına bir mektupla bu teklifi iletti. Bakımevi sakinleri konseyleri işbirliğinin güçlendirilmesi konusu çalışma grubunu sonraki toplantılarında da mesul edecektir.

Gerd Feller

(SV schlägt eine Ständige Konferenz der Bewohnerbeiräte und Bewohnerförsprecher vor, Durchblick 198, Juli 2016, S.4)

Resmi destek ile ilgili sorunlar

28.07.2016 tarihinde Bremen-Vegesack Kursana konutunda (Raphael) 'da , çalışma grubu ,Yaşlılıkta İkamet ve Bakım (Arbeitsgemeinschaft Pflege und Wohnen im Alter -AG PWA -) üyelerinden (G.Dragheim, G.Feller), Sosyal Birlik Almanya (Sozialverband Deutschland-SoVD) (H.Spradau, J.Wittrien) ,bakımevi sakinleri sözcüsü (J.Riegert)ve bakımevi yöneticisi (G.Dame) "resmi destek" konulu bir yuvarlak masa toplantısında bir araya geldiler.

Bu konu üzerinde görüşme isteği , bakım tesisinden iki bayandan geldi. İlk olarak, Frau Dame bize kısaca tesislerini tanıttı. Bakımevi Klinikum Bremen-Nord çevresinde yer almaktadır. Löhpark'a birkaç adımda ulaşılabilir ve Weserpromenade yoluna veya Wätjens Parkı'na birkaç dakikada erişilebilir. Bakımevi, 136 sakin için

(Devami sayfa 10)



(Sayfa devamı 9)

rahat bir ev ortamı sunuyor, iki sabit yaşam alanları var, 10 kişilik kısa süreli bakım ve demans olan insanlar için bir ev grubu. Toplam 26 çift ve 84 tek kişilik oda var. Sakinlerin % 87 si sosyal yardım alıyor. % 13 ü ise kabul edilen bakım derecesi ücreti ve kendi katkısı ile ücreti finanse edebilmekte. Ancak asıl konu, "resmi destek" ile ilgili sorunlar. Sakinlerin birçoğu artık günlük ihtiyaçlarını temin için yetkin deęiller bakım ve yaşamlarının denetimini resmen üstlenecek bir kişi gerekmektedir. Buda, belgelerin temini, alışveriş ve idari prosedürlerin, fatura ödeme ve nakit hesaplarının yönetimi gibi. Bu faaliyetler aile üyeleri tarafından veya küçük bir ücret karşılığında ve resmi olarak atanan gönüllüler tarafından yapılabilir. Ama bu her zaman beklenildięi neticeyi vermeyebilir. Burada bakım evi müdahale ediyor. Kısmen icra yolu ile hesaplara ve paraya el konulup ödemeler bu şekilde yapılıyor. Şu an 47 icra davası yürütölmektedir. Yöneticilerin daha sonra gerekli yolları aramaları ve ek olarak evrak ,yazışma formaliteleri personel için bir yükür. Gönüllü yardımcıların az olduęu göz önüne alındığında , yerel mahkemeler tarafından atanmaları da ayrıca 3 aydan fazla sürmesi genellikle çok uzun bir süre.

Resmi desteęin gönüllülerce üstlenilmesindeki isteęin azlığı , onların ayak işi yapmaları yanısıra en azından bürokrasideki zorluklar ve az ödeme ile de (88 € / ayda) bağlantılı . Yakınların, kurallar ve prosedürlerle ilgili bilgileri çok düşük seviyede olduęuna da dikkat çekilmesi gerekir. Bu daha kuruma alınma ile başlar. Yaşlılar Temsilcilięi Bremen ve Alman Sosyal Birlięi (SoVD) , bu sorunların çözümünde nasıl yardımcı olabilir hususu ile sohbet kapatıldı. Bu kuruluşlar ,resmi kurumların çalışmalarında çok az kalıcı etkiye sahiptir. Ancak Yaşlılar Temsilcilięi SoVD desteęi ile, özellikle sakınler ve aile üyeleri için kayıt öncesi ve sonrası işlemleri ve nereye müracaat edileceğini çok açık ve anlaşılır şekilde gösteren bir bilgilendirme kitapçığı hazırlanmasında yardımcı olabilir. Danışmanlar ve yönetim arasında ilk ve takiben dięer görüşmelerde gerginlik dikkate alındığında, zamanında bu konuda bilgi alınması teklif edilmelidir. Buna ek olarak, Yaşlılar Temsilcilięi Bremen ve SoVD ,gönüllü çalışma karşılığı ödemenin ortalama olarak deęil gerekli ihtiyaca göre karşılanması konusu üzerinde duracaktır.

Dış gönüllü yardımcıların bakımevi

yönetim ve işletmedeki zorlukları ve konu üzerindeki tartışmaların toplum bilgisine iletilmesi görüşlerin yayınlanmasında Durchblick yardımcı olabilir. **Gerd Feller** (Probleme bei der amtlichen Betreuung, Durchblick 200, September 2016, S.7)

Bremen Doktorlar Birlięi ve Eczacılar Odası arasındaki işbirlięi bir başarıdır

Bilimsel bir tartışma sonucunda, Bremen Doktorları Birlięi, Eczacılar Odası ve Bremen Üniversitesi saęlık araştırmacıları arasında bir işbirlięi projesi ortaya çıktı. Eczane ile ev doktoru arasında, tehlikeli olabilecek ilaç etkileşimleri için kısa süreli faks iletişimi yeni bir iletişim formu geliştirildi. Bu projenin amacı iyi bir iletişim yoluyla ilaç güvenliğini daha fazla arttırmaktır. Hasta eczanesine yetki verdiğinde, polifarmasi tehlikesi halinde birden fazla ilaın yan etkileri hakkında ilgili hekimlere faks yolu ile, eczacılar en kısa sürede bundan haberdar olabilmektedir.

Bu proje bilimsel olarak takip edildi. İlk sonuçlar ,faks yolu ile kominikasyonun ilaç güvenliğini arttırdığını göstermektedir. Bununla ilgili olarak Dr. Kappert-Gonther: "Ben girişimin, Bremen bölgesindeki hastaların daha fazla güvenlięi için Bremen'deki doktorlar, eczacılar ve bilim adamları tarafından çok olumlu ele alınmış olmasından dolayı çok mutluyum." Henüz bu projeye tüm eczaneler ve pratisyen hekimler katılmış deęildir. Hastalar bu konuda emin deęilse, eczacılarına ya da doktorlarına başvurmalıdır. Doktorlar ve eczacılar proje hakkında Doktorlar Birlięi veya Eczacılar Odası'ndan bu konuda bilgi alabilirler. Not: Ben eczacıma ve aile doktoruma bu konuyu deęindim her ikisi de konu hakkında bilgili ve başarılı bir işbirliğinde. Ben de her gün 7 farklı tablet alması gereken hastalara dahilim, bu nedenle bu benim için çok güven verici.

Lisa Wargalla



(Kooperation zwischen Bremer Hausärzterverband und Apothekerkammer ist ein Erfolg, Durchblick 199, August 2016, S.5)

Tercüme: Dipl.jur. Feride Abdeljalil

Editör: Zeynep Sümer

(Mit Unterstützung der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport, Referat Integration)